



DStGB

Deutscher Städte-
und Gemeindebund

Gemeinsamer Forstausschuss der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände „Deutscher Kommunalwald“

PRESSEMITTEILUNG

Erwartungen waldbesitzender Kommunen an eine neue Bundesregierung

Der Kommunalwald fordert Beteiligung an Neuausrichtung der Wald- und Forstpolitik

Berlin, 14.03.2025 – „Kommunen können Wald- und Forstwirtschaft. Deshalb fordern wir eine intensive Beteiligung an der Neuausrichtung der künftigen Wald- und Forstpolitik und bieten unsere aktive Mitwirkung an“, fasst der Vorsitzende des Forstausschusses der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände „Deutscher Kommunalwald“, **Moritz Petry** (Geschäftsführendes Vorstandmitglied Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz) die Erwartungen des Kommunalwaldes an eine neue Bundesregierung zusammen.

In einem **Positionspapier** „Erwartungen waldbesitzender Kommunen an eine neue Bundesregierung“ haben der Deutsche Städte- und Gemeindebund, der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Städtetag die zentralen Forderungen des Kommunalwaldes auf den Punkt gebracht und mit Beginn der Koalitionsverhandlungen den Chefverhandlern und Mitgliedern der **AG „Ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung, Umwelt“** überreicht.

Themenfelder mit besonderer Bedeutung für den Kommunalwald sind: Vertrauen und Subsidiarität stärken, klimaangepassten Waldumbau fördern, Holznutzung und -verwendung stärken, Zuständigkeit für Wald und Forstwirtschaft bündeln, Forschung und Entwicklung forcieren, Strategien und rechtliche Vorschriften anpassen, Grüne Infrastruktur in den Kommunen und Waldbrandprävention ausbauen sowie Ökosystemleistungen angemessen honorieren.

„Die Kommunen bekennen sich ausdrücklich zum Green Deal der Europäischen Union. Allerdings haben zahlreiche regulatorische Maßnahmen der deutschen und europäischen Politik in den vergangenen Jahren die Handlungsmöglichkeiten der Waldbesitzer zunehmend eingeschränkt, lokale und regionale Gegebenheiten zu wenig berücksichtigt und den Eigentümerwillen nicht ausreichend beachtet, so **Petry**.

Daher fordern die waldbesitzenden Kommunen eine Neuausrichtung der Wald- und Forstpolitik für die neuen Herausforderungen durch den

Gemeinsamer Forstausschuss der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände „Deutscher Kommunalwald“

Bernd Düsterdiek

Geschäftsführer Forstausschuss „Deutscher Kommunalwald“
Beigeordneter DStGB für
Umwelt & Naturschutz
Land- & Forstwirtschaft

Moritz Petry

Vorsitzender Forstausschuss
„Deutscher Kommunalwald“
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz

Marienstraße 6
12207 Berlin

Ihre Ansprechpartnerin:
Ute Kreienmeier

Telefon:
030-77307-127

E-Mail:
ute.kreienmeier@dstgb.de

Klimawandel und eine Stärkung der bewährten Prinzipien der kommunalen Selbstverwaltung. In keiner Waldbesitzart werde die Entscheidung über die Waldbewirtschaftung so sehr von der Vielfalt der örtlichen Gegebenheiten und der unterschiedlichen Erwartungen an die Ökosystemleistungen des Waldes geprägt wie im Kommunalwald. So habe die Waldbewirtschaftung in den Ballungsräumen andere Schwerpunkte als in ländlichen Räumen. Die Bundespolitik dürfe in die vor Ort ausgehandelten walddpolitischen Entscheidungen vertrauen. Sie solle sich darauf beschränken, verlässliche Rahmenbedingungen zu setzen. Dies stärke die demokratische Mitbestimmung und das Engagement der Bürgerinnen und Bürger“, so **Petry**.

Gemeinsamer Forstausschuss: Sprachrohr des Deutschen Kommunalwaldes

Der Gemeinsame Forstausschuss „Deutscher Kommunalwald“ ist die repräsentative Interessenvertretung waldbesitzender Städte und Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland und das Sprachrohr des deutschen Kommunalwaldes. Der Ausschuss setzt sich zusammen aus Vertretern des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, des Deutschen Landkreistages und des Deutschen Städtetages.

Der Forstausschuss trifft sich zweimal im Jahr zum Austausch mit Landräten/innen, Bürgermeister/innen und Leitern/innen großer kommunaler Forstbetriebe aus den Bundesländern. Darüber hinaus ist für die Ausschussmitglieder eine vertrauensvolle und sachorientierte Zusammenarbeit mit den für Wald, Forstwirtschaft und Naturschutz zuständigen Ressorts, Vertretern der politischen Parteien, forstlichen Verbänden und der Wissenschaft wichtig.

Rund 20 % der Waldfläche in Deutschland ist Kommunalwald, das entspricht etwa 2,3 Millionen Hektar. Diese Wälder im Eigentum der Städte, Landkreise und Gemeinden sind Garant für Walderhalt, Naturerlebnisse, Erholung, Naturschutz, Biodiversität, nachhaltige Forstwirtschaft und Holznutzung. Doch Klimawandel, Dürre, Stürme und Borkenkäferbefall haben in den letzten Jahren massive Schäden angerichtet. Vor diesem Hintergrund stehen Kommunen vor der gewaltigen Herausforderung, ihre Wälder zu schützen, Wiederaufforstung zu betreiben und sie in klimastabile Mischwälder umzubauen.

Der Forstausschuss „Deutscher Kommunalwald“ ist hierbei eine wichtige Stimme in der Bundesrepublik, damit der Spagat zwischen den verschiedensten und ständig steigenden Ansprüchen an die Gemeinde- und Stadtwälder gelingt.

Weitere Informationen: [Kommunalwald | DStGB](#)

Kontakt:

Ute Kreienmeier

Referatsleiterin Kommunalwald, Land- und Forstwirtschaft, Waldbezogener Naturschutz

Deutscher Städte- und Gemeindebund

Marienstraße 6

12207 Berlin

Mobil: 0171 95 33 684

E-Mail: ute.kreienmeier@dstgb.de